



Nelli
Kossko –
alles Gute zum
80. Geburtstag!

Seite 16



Maria
Warkentin –
beeindruckend
als Katharina
von Bora

Seite 15



Dietrich
Brauer –
Erzbischof der
Ev.-Luth. in
Kirche
in Russland

Seite 12

VOLK AUF DEM WEG



Erscheint seit 1950 VERBANDSPOLITIK • SOZIALES • INTEGRATION • KULTUR • GESCHICHTE • RELIGION • ÖFFENTLICHKEIT • JUGEND

LANDSMANNSCHAFT DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND E.V.

**Demokratie stärken -
Zukunft mitgestalten -
wählen gehen!**



**BUNDESTAGSWAHL
AM 24. SEPTEMBER 2017**

ZUSAMMENHALTEN - ZUKUNFT GESTALTEN



**Beilage: Antworten der Parteien
auf die Wahlprüfsteine der
Landsmannschaft**

Nr. 8-9
August-
September
2017

Wahlprüfsteine der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 übermittelte die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland den für einen Einzug in den Bundestag in Frage kommenden Parteien (CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke, FDP, AfD) Prüfsteine in Sachen Spätaussiedlerpolitik.

Dadurch sollten die Positionen der jeweiligen Parteien zu den für Deutsche aus Russland besonders relevanten Themen in Erfahrung gebracht werden, um diese innerhalb des Verbandes und unter unseren Landsleuten (von denen rund 3 Millionen im Bundesgebiet leben) zu kommunizie-

ren. Die Fragen und Forderungen sollten gleichzeitig auch als Anregungen für das Wahlprogramm der Parteien betrachtet werden.

Nachstehend die Fragen der LmDR und die Antworten der Parteien.

Frage 1: Stark ausgeprägte Altersarmut der Deutschen aus Russland

Aktuell gilt in Deutschland als Armutsgrenze für eine allein stehende Person ein Einkommen von 979 EUR monatlich. Seit dem Jahr 1996 ist für die Deutschen aus Russland eine restriktive Deckelung der im Ausland erworbenen und im Rahmen des Fremdrentengesetzes anrechenbaren Entgeltpunkte in Kraft. Dadurch erhalten gegenwärtig allein ste-

hende Spätaussiedler in der Bundesrepublik Deutschland höchstens 25 Entgeltpunkte, die ca. 700 EUR monatlich entsprechen. Bei Ehepaaren werden zusammen höchstens 40 Entgeltpunkte berücksichtigt. Daraus ergibt sich, dass viele Spätaussiedler russlanddeutscher Herkunft mit dem Eintritt ins Rentenalter in Armut leben.

Für welche wirksamen Schritte setzt sich Ihre Partei ein, um dieser Ungerechtigkeit entschieden entgegen zu treten und unseren hart arbeitenden Landsleuten in unserem Land ein Altern in Würde zu ermöglichen?

CDU/CSU:

CDU und CSU verfolgen mit Aufmerksamkeit die Rentenversorgung von Aussiedlern. Wir wollen die Zunahme von Altersarmut unter Aussiedlern verhindern. Im Regierungsprogramm 2017-2021, das den Titel trägt „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“, bekennen sich CDU und CSU klar zu diesem Ziel:

„Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rentenversicherung, die sich durch Änderungen des Rentenrechts ergeben haben, werden wir beseitigen.“ (CDU/CSU-Regierungsprogramm 2017-2021, S. 42)

SPD:

Armut ist ein komplexes Phänomen und wird auf unterschiedliche Art statistisch erfasst. Die relative Armutgefährdungsschwelle ist dabei eine Möglichkeit, der Bezug von Grundsicherung eine weitere. Jede Betrachtungsweise hat ihre jeweiligen Vorteile und Einschränkungen. In der politischen Debatte wird gerade auch der Sozialhilfe und der Grundsicherung im Alter als nachrangige Fürsorgesysteme, welche bedarfsgerecht das soziokulturelle Existenzminimum sicherstellen, ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Während die relative Armutsschwelle preis- und einkommensunabhängig deutschlandweit identisch ist, unterscheidet sich der durchschnittliche Bruttobedarf bei der Grundsicherung – er rangiert beispielsweise von 680 Euro im Jahr 2015 für Thüringen bis 880 Euro in Hamburg.

Bei Betrachtung auf individueller Ebene liegt der Bruttobedarf der Grundsicherung teilweise auch über der angesprochenen Armutgefährdungsschwelle. Ein einheitlicher Schwellenwert kann zwar hilfreich sein, um Tendenzen im Zeitverlauf abzubilden, er lässt jedoch die individuelle, die

regionale sowie die Haushaltsperspektive außer Acht und ist insofern nur begrenzt geeignet, um Altersarmut zu betrachten.

Auf der anderen Seite sind nicht nur Bedarfe umfassend zu berücksichtigen, sondern auch die Einkommensseite. Alterseinkommen setzen sich in der Regel aus verschiedenen Quellen zusammen. Der gesetzlichen Rente als Versicherungsleistung – abgeleitet aus eingezahlten Beiträgen – kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die gesetzliche Rente wird regelmäßig ergänzt durch zusätzliche Altersvorsorge im Bereich der betrieblichen und / oder privaten Vorsorge, Immobilien, Ersparnisse sowie Alterseinkommen weiterer Familienmitglieder.

Rentenzahlbeträge auszuwerten ist folglich nicht dazu geeignet, um Aussagen über Altersarmut zu treffen: Über 57% der neuen Altersrenten lagen im Jahr 2015 unter 900 Euro (38% lagen unter 600 Euro). Die Grundsicherungsquote bei den Älteren lag im Dezember 2015 hingegen bei 3,2% – übrigens im Gegensatz zu über 9% in der erwerbsfähigen Bevölkerung.

Diese Überlegungen vorweg sind zu beachten, wenn die Leistungen nach dem Fremdrentengesetz betrachtet werden. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass schon seit über 20 Jahren gefordert wird, das Fremdrentengesetz „auf den Prüfstand zu stellen“, da sein ursprünglicher Zweck, Vertriebene und Spätaussiedler in das Rentenversicherungssystem einzugliedern, weitgehend erfolgt sei. Es ging ursprünglich darum, denjenigen zu helfen, die ihre soziale Sicherung in den Herkunftsgebieten in Folge der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges verloren haben.

Wenn zuweilen gefordert wird, das Fremdrentenrecht auf den Prüfstand zu stellen, so zielt dies in der Regel auf eine mögliche Abschaffung des Gesetzes, möglicherweise flankiert durch verstärkten Abschluss

von Sozialversicherungsabkommen, welche dann ihrerseits die Anerkennung der Arbeitsleistung im Herkunftsstaat ermöglichen.

Trotz dieser Debatte ist eine Abschaffung nicht erfolgt, gleichwohl führten verschiedene Rechtsänderungen in den 90er Jahren zu einer Leistungseinschränkung. Insbesondere sollten Renten aus eigenen Beitragszeiten nicht geringer ausfallen als Rentenleistungen, welche auf Anwendung des Fremdrentengesetzes beruhen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Begrenzung der 25 Entgeltpunkte (bzw. 40 Entgeltpunkte bei Ehepaaren) zu verstehen. Allerdings ist zu beachten, dass diese Begrenzung nur für den Teil der Rentenberechnung gilt, die auf Zeiten des Fremdrentenrechts basiert und somit inzwischen kaum noch eine Rolle spielt: Während Ende der 90er Jahre noch knapp 20 Prozent der Renten, welche zumindest teilweise Fremdrentenleistungen enthielten, von dieser Begrenzung betroffen waren, lag der Anteil 2015 nur noch bei 2,2 Prozent.

Einerseits gibt es Renten, die darunter liegen; Renten mit unter 25 Entgeltpunkten sind nicht unüblich, wie vorstehend dargestellt wurde. Andererseits kommen zu den Rentenanteilen aufgrund des Fremdrentengesetzes in den meisten Fällen noch zusätzliche – nicht der Begrenzung unterfallende – Entgeltpunkte aufgrund von Beschäftigung im Deutschland hinzu. Damit liegen viele dieser Renten insgesamt auch deutlich über den genannten 25 Entgeltpunkten.

Die SPD verkennt nicht, dass es nicht zuletzt aufgrund veränderter Erwerbsbiographien in den letzten Jahrzehnten auch zunehmend zu kleinen Renten trotz langjähriger Versicherungszeit kommen kann. Deshalb schlägt die SPD in ihrem Regierungsprogramm die Einführung einer Solidarrente vor. Mit der Solidarrente wollen

wir ein Alterseinkommen für langjährig Beschäftigte gewährleisten, das zehn Prozent über dem durchschnittlichen Grundversicherungsanspruch am Wohnort liegt. Regional unterschiedliche Wohnkosten werden so berücksichtigt.

Das Ziel ist ein möglichst einfaches Verfahren zur Beantragung und Bewilligung ohne Bedürftigkeitsprüfung, bei der Einkommensberücksichtigung gibt es angemessene Freibeträge, insbesondere für Partnereinkommen.

Bei der Einführung der Solidarrente ist insofern zu prüfen, wie dabei Spätaussiedler angemessen berücksichtigt werden können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Grundsätzlich trifft es zu, wie seinerzeit die Bundesregierung in ihrer Begründung zur Änderung ausgeführt hat, dass auch in Deutschland ein erhebliches Wirtschaftsgefälle zwischen den Regionen und nach Art der Beschäftigung besteht. Vor diesem Hintergrund war es nachvollziehbar, Aussiedlern Leistungen zu gewähren, die sich an strukturschwachen Regionen orientieren.

Wir teilen Ihre Auffassung, dass es eine bessere Absicherung im Alter braucht. Alle, die lange gearbeitet haben, sollten so gut über die Rentenversicherung abgesichert sein, dass sie im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sind. Wir wollen aus diesem Grund eine steuerfinanzierte „Garantierente“ einführen, die das verhindert. Sie schützt langjährig Rentenversicherte, Männer wie Frauen, vor Armut im Alter.

DIE LINKE:

Wir setzen uns schon jetzt dafür ein, Altersarmut zu bekämpfen, ganz gleich, wer

davon betroffen ist. Angesichts der besonderen Situation von Spätaussiedlern und der Rentendeckelung durch das Fremdrentenrecht wollen wir zu Beginn der neuen Legislaturperiode zusammen mit den Betroffenen eine gute Lösung finden.

Davon abgesehen, setzen wir uns dafür ein, dass das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben wird und die Rente nach Mindestentgeltpunkten für niedrige Arbeitseinkommen ausgebaut wird. Für den Fall, dass Einzelne trotz höheren Rentenniveaus und anderer rentenpolitischer Maßnahmen nur eine sehr niedrige Rente beziehen, wollen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro für Alleinstehende einführen.

FDP:

Wir Freie Demokraten verstehen das Anliegen, es Spätaussiedlern russlanddeutscher Herkunft zu erleichtern, eine Altersversorgung oberhalb der Grundsicherung zu sichern. Insbesondere wichtig ist dies für Ältere, denen zu wenig Zeit blieb, Anwartschaften in der deutschen Rentenversicherung aufzubauen. Wir Freie Demokraten setzen uns für gleiche Grundlagen für die gesetzliche Rente im Osten und Westen ein und sind auch bereit, die von Ihnen angesprochene Deckelung im Fremdrentengesetz zu überprüfen. Zudem setzen wir uns dafür ein, das Sozialversicherungsabkommen mit Russland zum Abschluss zu bringen.

Wir Freie Demokraten halten es auch für richtig, die Einkünfte aus privater und betrieblicher Altersvorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter anzurechnen. Auch über die vorgesehenen Begrenzungen soll Vorsorge nur prozentual die Leistungen aus der Grundsicherung mindern.

Denn freiwillige Altersvorsorge muss sich für jeden immer auszahlen.

AFD:

Die Regelung der Renten für Aussiedler, die mit den Stimmen der bereits im Bundestag vertretenen Parteien im Jahr 1996 eingeführt worden ist, beurteilen wir sehr kritisch. Sie ist aus Sicht der AfD schlichtweg ungerecht.

Altersarmut ist tatsächlich ein generelles Problem, welches viele Teile der Bevölkerung betrifft und jährlich wächst. Dies hat vor allem mit dem demographischen Wandel zu tun.

Wir fordern in unserem Parteiprogramm, Familien mit Kindern bei den Renten besonders zu berücksichtigen. Dies kommt sicherlich auch den russlanddeutschen Familien zugute, da diese meist eine durchschnittlich höhere Geburtenrate aufweisen.

Es ist ja bekannt, dass die Basis der Rentenversicherung in der BRD der so genannte „Generationenvertrag“ ist. Das heißt, die arbeitenden jungen Menschen finanzieren theoretisch die Renten der älteren Generation. Und da kann es unserer Meinung nach nicht sein, dass die Rentner einer Volksgruppe, die viel mehr junge arbeitende Menschen aufweist als der Durchschnitt der Gesellschaft, im Gegenzug nur 60% der durchschnittlichen Rentenhöhe ausgezahlt bekommt. Es ist bekannt, dass die jungen arbeitenden Aussiedler in die Rentenversicherung praktisch zweimal mehr einzahlen, als ihre Vätergeneration als Rentner daraus bekommt. Das ist ein Missstand, den es zu beseitigen gilt.

Es gibt einen breiten Konsens in der AfD, dass wir Anstrengungen vorantreiben werden, diesen Missstand zu beseitigen, und auch mögliche Bestrebungen anderer Parteien, diese Benachteiligung zu beenden, unterstützen werden.

Frage 2: Nachholende Integration

Der überwiegende Teil der Deutschen aus Russland hat sich nachweislich gut in die deutsche Gesellschaft integriert und trägt spürbar zu den Einnahmen der Steuer- und Beitrags-

kassen bei. Dennoch besteht bei einem Teil der Personengruppe akuter Bedarf an nachholender Integration, für die zielgruppenorientierte Maßnahmen erforderlich sind.

Mit welchen Lösungsansätzen und Förderprogrammen will Ihre Partei dem geschilderten Bedarf gerecht werden?

CDU/CSU:

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler profitieren von allen Integrationsmaßnahmen, die für Zuwanderer zur Verfügung gestellt werden.

Zusätzlich finanziert das unionsgeführte Bundesministerium des Innern spezielle identitätsfördernde Maßnahmen für Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen nach § 9 Absatz 4 Bundesvertriebenengesetz, die Kurse unter dem Titel „Identität und Integration PLUS“. Für das Jahr 2017 stehen hierfür rund 800.000 Euro zur Verfügung.

In Abstimmung mit den wichtigsten Trägern, darunter natürlich auch mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russ-

land, müssen diese Maßnahmen noch besser an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden.

SPD:

Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Daher verfolgen wir eine umfassende Integrationspolitik.

Spätaussiedlerinnen oder Spätaussiedler haben bereits einen Anspruch auf einmalige kostenlose Teilnahme an einem Integrationskurs. Aussiedler, die bereits vor dem 1. Januar 2005 nach Deutschland gekommen sind und bereits einen Sprachkurs der Bundesagentur für Arbeit absolviert haben, haben keinen Anspruch auf kostenlose Teilnahme am Integrationskurs, können aber

vom BAMF als deutsche Staatsangehörigen zum Integrationskurs zugelassen werden.

Darüber hinaus gibt es ergänzende Fördermaßnahmen für Spätaussiedler seitens des BAMF. Folgende Themen werden angesprochen:

- Deutschlandbilder und Vorstellungen von deutscher Kultur und Lebenswelt;
- Identitätsbildung durch Sprache, Geschichte und Glauben;
- Berufliche (Neu-)Orientierung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt;
- Eigenverantwortung und Engagement, Stärkung von Eigeninitiative und Selbstverantwortung in Beruf, Familie und Freizeit sowie Aktivierung von Engagementpotentialen;



Antworten:

- Kommunikationstraining im Alltag, Medien und Medientraining und Kenntnisse über das Betreuungs- und Erziehungssystem;
- Kenntnisse über das Bildungssystem in Deutschland, Integrations- und Bildungsangebote vor Ort sowie bildungsorientierte Elternarbeit;
- Vielfalt in Deutschland, Kontakte zu Einheimischen und anderen Zuwanderergruppen, Interkulturalität als Kompetenz im Alltag, Religion(en) in Deutschland.

Im Jahr 2015 sind nach Angaben des Bundesverwaltungsamtes mehr als 6.000 Spätaussiedler nach Deutschland ausgewandert. Das Bundesamt hat im Jahr 2015 insgesamt 59 Fördermaßnahmen für Spätaussiedler durchgeführt.

Wir wollen bei einer umfassenden Integrationspolitik unter anderem die Integrationskurse besser auf Zielgruppen ausrichten. Integrationskurse und die berufsbezogene Sprachförderung sollen besser mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie der Berufsorientierung, der Ausbildung und der Beschäftigung in Betrieben verbunden werden.

Wir wollen besonders auch Frauen und Mütter aus Einwanderungsfamilien erreichen. Denn sie sind entscheidend für die gelingende Integration der ganzen Familie.

Wir müssen mehr über die Auswirkungen von Ein- und Auswanderungen auf den gesellschaftlichen Wandel erfahren. Dafür sind wissenschaftsbasierte Analysen notwendig.

Wir haben uns erfolgreich für eine nachhaltige institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung und eine bessere Vernetzung der Forschenden eingesetzt und wollen dies noch weiter vorantreiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir stehen für eine Politik der Teilhabeförderung und der Inklusion: Wir wollen Menschen, die nach Deutschland ziehen, effektive Angebote machen, damit sie sich möglichst schnell in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gleichberechtigt und mit eigener Stimme engagieren können.

Deutsche aus Russland und ein Teil ihrer mit einwandernden Angehörigen sind von Beginn an deutsche Staatsangehörige, ein Teil der Angehörigen behält zunächst die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes. Wir wollen allen Neuankommenden in Deutschland gleichermaßen attraktive integrationspolitische Rahmenbedingungen anbieten, unabhängig von ihrer jeweiligen Staatsangehörigkeit. So wollen wir z.B. für eine qualitativ hochwertige Sprachförderung sorgen, die das Ziel einer zeitnahen Eingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgt. Wir wollen das Bildungssystem durchlässiger gestalten.

Wir wollen damit versuchen, dass wir das Versprechen eines sozialen Aufstiegs über gute Bildung auch gegenüber denjenigen einhalten können, die erst im Kindesalter oder als Jugendliche nach Deutschland ziehen.

Diese Integrationsangebote wollen und werden wir ausbauen. Davon profitieren auch Deutsche aus Russland und deren Familienangehörigen.

Grüne Integrationspolitik richtet sich grundsätzlich an alle: Keiner soll bevorteilt und niemand benachteiligt werden. Das schließt jedoch (wie z.B. bei den Sprachkursen) eine auf die individuelle Leistungsfähigkeit bezogene differenzierte Förderung nicht aus. Zielgruppen- oder herkunftslandspezifische Ansätze machen insbesondere dort Sinn, wo es um die Notwendigkeit herkunftssprachlicher Informationsangebote geht.

DIE LINKE:

DIE LINKE setzt sich für den bedarfsgerechten Ausbau von Sprach- und Integrationskursen ein und fördert ihre Öffnung für alle Gruppen, die hieran einen Bedarf haben. Wir fordern einen Rechtsanspruch auch für bereits länger in Deutschland lebende Zuwanderer. Hierzu gehören funktional auch viele der aus Russland zugewanderten deutschen Staatsangehörigen.

Darüber hinaus fordern wir einen deutlichen Ausbau der Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration aller Menschen in Deutschland.

Im Rahmen dessen sollen auch Programme möglich sein, die sich spezifisch an die Gruppe der aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zugewanderten deutschen Staatsangehörigen richten.

FDP:

Wir Freie Demokraten wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht.

Wir Freie Demokraten fordern daher ein neues, modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht.

Selbstverständlich muss es auch spezielle Angebote für Russlanddeutsche geben, die auf den gemeinsamen kulturellen Wurzeln aufbauen.

AFD:

Russlanddeutsche sind allgemein geschätzte und akzeptierte Mitglieder der Gesellschaft. In der Tat gelten die Russlanddeutschen als

bestintegrierte in das Staatsgebiet des heutigen Deutschlands zugewanderte Bevölkerungsgruppe. Dies ist vor allem der Tatsache zu verdanken, dass die meisten Deutschen aus Russland sich von Anfang an als das gesehen haben, was sie sind, nämlich Deutsche und ein Teil Deutschlands.

Die kulturellen Unterschiede und auch die Integrationshindernisse, die vereinzelt zu Problemen geführt haben, sind verhältnismäßig gering, vor allem im Vergleich mit den Bevölkerungsgruppen aus überwiegend arabischer bzw. muslimischer Zuwanderung.

Grundsätzlich ist eine Integration ohne eigene Willensbereitschaft der zu integrierenden Person nicht möglich. Daher reden wir in erster Linie von einer Bringschuld, die ein Einwanderer zu leisten hat.

Die AfD wird die Förderung der schon bestehenden Integrationsprojekte, wie zum Beispiel Projekte der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, und deren Verankerung im neuen Etat unterstützen. Wir sind zudem überzeugt, dass in diesem Bereich einiges mehr getan werden kann und muss.

Die AfD würdigt die Beiträge aller deutschen Landsmannschaften und Regionen zur gemeinsamen Kultur. Auf der Grundlage des Bundesvertriebenen-Förderungsgesetzes (§96 BVFG) soll auch das Kulturerbe der historischen deutschen Siedlungsgebiete in Mittel- und Osteuropa sichtbar gemacht werden, insbesondere im Schulunterricht. Ebenso gilt es, die besonderen historischen und kulturellen Prägungen der Aussiedler, also von Russlanddeutschen, Oberschlesiern, Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Ungarndeutschen u.a., im Bewusstsein der binnendeutschen Bevölkerung zu verankern.

Darüber hinaus unterstützen wir ausdrücklich Bestrebungen kommunaler deutscher Gebietskörperschaften, die Patenschaften zu historisch ostdeutschen Kreisgemeinschaften wieder zu beleben, die grenzübergreifende Partnerschaftsarbeit zu Kommunen mit historischen deutschen Wurzeln oder sogar mit deutscher Minderheit zu stärken und deren Brückebauerfunktion zu nutzen.

Wahrer europäischer Geist wächst von unten und wird nicht von oben verordnet. Dabei sollten auch schmerzhafte und dunkle Teile unserer Geschichte Teil der Partnerschaftsarbeit sein, um wahrhafte Verständigung und Annäherung ohne Bruchstellen zu ermöglichen.

Jenseits der nationalen Akzentuierung sehen wir in grenzübergreifenden Orts- und Regionalpartnerschaften ein zu förderndes bürgernahes Instrument zur Stärkung nicht nur europäischer Gemeinsamkeiten, sondern der Völkerverständigung ganz allgemein.



Frage 3: Politische Bildung der Deutschen aus Russland

Es ist wissenschaftlich belegt, dass die Deutschen aus Russland überwiegend vorbildliche Integrationsleistungen erbringen. Gleichzeitig muss jedoch festgestellt werden, dass ein großer Teil dieser Bevölkerungsgruppe über geringe Kenntnisse des

politischen Systems der Bundesrepublik verfügt und auch deshalb unterdurchschnittlich in kommunalen, landes- und bundespolitischen Gremien vertreten ist. **Sieht Ihre Partei akuten Handlungsbedarf im Bereich der gezielten Förderung**

der politischen Bildung der Deutschen aus Russland? Über welche Instrumente verfügt Ihre Partei zur Stärkung der parteipolitischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger russlanddeutscher Herkunft?

CDU/CSU:

Die Deutschen aus Russland sind hervorragend integriert. Versuche, die Deutschen aus Russland für radikale politische Ziele zu instrumentalisieren, sind in den vergangenen Jahren gescheitert.

CDU und CSU werden Vereinigungen von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, darunter auch die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, bei der Umsetzung eigener geeigneter Maßnahmen der politischen Bildung unterstützen. Die Bundeszentrale für politische Bildung muss mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu konkreten Fragen politischer Teilhabe und deren praktischen Umsetzung abstimmen.

Deutsche aus Russland sind als Mitglieder in CDU und CSU willkommen. Viele arbeiten – zum Teil über Jahre und Jahrzehnte hinweg – in den Unionsparteien mit und übernehmen Verantwortung auf allen politischen Ebenen – in den Kommunen, den Ländern und im Bund. Heinrich Zertik MdB vertritt die Interessen der Deutschen aus Russland als Bundestagsabgeordneter der CDU. Darüber hinaus bieten wir – auch Nichtmitgliedern – die Möglichkeit zur Mitarbeit in der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (CDU), in der Union der Vertriebenen und Aussiedler (CSU) sowie im Netzwerk Aussiedler der CDU Deutschlands.

SPD:

Wir wollen die politische Bildung als Angebot für alle ausbauen und stärken. Gezielte Förderung richtet sich vor allem an junge Menschen. Wir ermöglichen ihnen, sich früher politisch zu beteiligen. Und damit motivieren wir sie zugleich, sich für ihre Interessen und für ihre Rechte stärker zu engagieren. Die politische Bildung für Jugendliche werden wir ausbauen – vor allem über die Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie durch politische Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir setzen uns für den Ausbau der politischen Bildung ein. Das nützt allen, auch den Deutschen aus Russland. Wir befürworten zudem, dass Angebote zum Beispiel der Bundeszentrale für politische

Bildung noch stärker auf die Bedürfnisse derjenigen ausgerichtet werden sollten, die nicht von Anfang an in Deutschland aufgewachsen sind.

Ausbau der Demokratiebildung an Schulen und die Förderung der Identifikation mit der freien, toleranten und vielfältigen Gesellschaft sind für uns weitere wichtige Elemente.

Sowohl im Bereich der schulischen, aber auch der politischen Bildung sollte das Wissen der neu in Deutschland lebenden Menschen als Erfahrungsschatz mehr wertgeschätzt und im Unterricht verstärkt thematisiert werden.

Wir meinen, dass die Wertebildung in einer Einwanderungsgesellschaft dann gut funktioniert, wenn man die Geschichten und Perspektiven aller Menschen, die in Deutschland leben, wahr- und ernstnimmt. Und dazu gehören auch die Geschichten und die Lebenserfahrungen derjenigen, die neu zu uns kommen.

DIE LINKE:

DIE LINKE verfügt derzeit über keine spezifischen Instrumente. Es ist Mitgliedern mit entsprechendem biografischen Hintergrund jedoch jederzeit möglich, sich in entsprechenden Arbeitskreisen auf Landes- und Bundesebene zusammenzufinden und bei ausreichender Größe auch als solche Delegierte zu Parteitagen zu entsenden.

Wie bei anderen Zuwanderungsgruppen stellt DIE LINKE fest, dass diese generell in politischen Gremien unterrepräsentiert sind. Dem wollen wir mit einem generell breiteren Angebot der politischen Bildung entgegentreten. Die aktive Wahrnehmung und der Ausbau politischer Partizipationsmöglichkeiten ist unserer Partei ein zentrales Anliegen.

FDP:

Wir Freie Demokraten wollen die politische Bildung der Bürgerinnen und Bürger unterstützen und die Finanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung ebenso sichern wie Programme des Bundes gegen Extremismus, Rassismus oder Homo- oder Transphobie.

Auch in der beruflichen Bildung sind Demokratie und Diversity Management zu thematisieren. Denn beste Bildung umfasst neben der Wissens- und Metho-

denvermittlung auch Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft.

Russlanddeutsche sind vollständig gleichberechtigte Bürger unseres Landes. Wir wollen nicht über sie reden, sondern ihre selbstverständliche Beteiligung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir Freie Demokraten freuen uns über jeden Liberalen, der sich als Mitglied unserer Partei für mehr Freiheit in unserem Land einsetzen möchte. Auch Deutsche aus Russland sind herzlich eingeladen, bei uns mitzuwirken und sich um politische Ämter und Mandate zu bewerben.

AFD:

Die AfD kann über eine zu geringe Beteiligung von Russlanddeutschen nicht klagen. Im Gegenteil: Viele sind bereits Mitglieder und auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene, in Vorständen und anderen Funktionen vertreten. Auch haben wir bundesweit eine Reihe von russlanddeutschen Kandidaten auf unseren Landeslisten mit durchaus aussichtsreichen Listenplätzen gewählt. Und dort, wo die AfD bereits in den Parlamenten auf kommunaler und auf Landesebene sitzt, sind oft auch Russlanddeutsche in unterschiedlichen Funktionen vertreten.

Wir als AfD sind auch die erste Partei in Deutschland, in der sich ein russlanddeutsches Netzwerk gründet. Wir wollen Russlanddeutsche nicht nur als Wähler für unsere Partei gewinnen, sondern sie eben auch in Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse nachhaltig einbinden. Sie sind in der AfD sehr herzlich willkommen.

Die politische Bildung wurde aber von den Altparteien nicht nur in Bezug auf Russlanddeutsche vernachlässigt. Sinkende Wahlbeteiligungen waren das Symptom eines allgemeinen Desinteresses an politischer Beteiligung bzw. der Frustration innerhalb weiter Teile der deutschen Bevölkerung aus Mangel an alternativen Lösungen. Wir als AfD sind froh, dass mit uns dieser Trend umgekehrt ist. Seit der Gründung unserer Partei verzeichnen wir in Deutschland die Belebung des politischen Diskurses und wieder zunehmende Wahlbeteiligungen.



Frage 4: Schulische Vermittlung der Geschichte der Deutschen aus Russland

Die Geschichte der Deutschen aus Russland ist ein untrennbarer Teil der Geschichte Deutschlands. Dieser wichtige geschichtliche Aspekt wird bundesländer-

übergreifend in den Schulbüchern jedoch nicht beleuchtet.

Für welche wirksamen Schritte setzt sich Ihre Partei ein, um diese Wissenslücke in

der Allgemeinbildung unserer Schülerinnen und Schüler zu schließen; nicht zuletzt mit Blick auf die erfolgten Föderalismusreformen?

Anworten:

CDU/CSU:

Die Vermittlung von Kenntnissen über die Geschichte der Deutschen aus Russland sollte deutlich gestärkt werden. Schulischer Geschichtsunterricht, auch die Ausgestaltung der Lehrpläne, fällt auch nach der Föderalismusreform in die Zuständigkeit der Bundesländer. Hier kann der Bund nur Empfehlungen aussprechen.

CDU und CSU bekennen sich zur Geschichte aller Deutschen, auch zur Solidarität mit den Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein besonders schweres Kriegsfolgenschicksal zu erleiden hatten.

Außerdem werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Bundeszentrale für politische Bildung auch künftig aktuelle Informationen zur Geschichte der Deutschen aus Russland bereithält, die auch im Schulunterricht genutzt werden können. Den Vermittlungsauftrag der Schulen wird künftig auch das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold (Nordrhein-Westfalen) – nicht zuletzt dank der fortzusetzenden Bundesförderung – verstärkt unterstützen können.

SPD:

Wir wollen insbesondere auch mit unserer Bildungspolitik dazu beitragen, jungen Menschen einen differenzierten Blick auf das eigene Leben sowie die sozialen, politischen, kulturellen und historischen Zusammenhänge unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die politische Bildung für Jugendliche ausbauen – in der Schule, aber vor allem auch über die Bundeszentrale für politische Bildung, durch politische Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote.

Für uns bieten vor allem gute Ganztagsschulen mehr Raum und Zeit für das gemeinsame Lernen und die ausführliche Behandlung auch komplexer Sachverhalte wie die Geschichte der Deutschen aus Russland. Wir wollen deshalb den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben.

Wir wollen das Kooperationsverbot in der Bildung vollständig abschaffen, damit der Bund überall dort helfen kann, Bildung besser zu machen, wo es sinnvoll ist.

Wir wollen mit einem Schulmodernisierungsprogramm für gut ausgerüstete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung, auch mit digitaler Technik, sorgen.

Um die Qualität des Unterrichts an sich zu verbessern, wollen wir darüber hinaus auch den Austausch von guten Konzepten fördern und dies durch begleitende Bildungsforschung unterstützen. Schule braucht gutes Lern- und Lehrmaterial, das die Lebensrealität und die Vielfalt von Lebensmodellen altersgerecht abbildet.

Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wollen wir entsprechend stärken, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen. Hierzu wollen wir auch die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern fortsetzen und weiterentwickeln

BUNDESTAGSWAHL 2017

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Geschichte der Deutschen in und aus Russland ist über die Jahrhunderte hinweg unzweifelhaft Teil der Geschichte beider Länder.

Wie die Bundesländer die verschiedenen Aspekte in den unterschiedlichen in Frage kommenden Unterrichtsfächern von Geschichte über Russisch bis zu Gesellschaftskunde und Politikwissenschaft verankern, liegt im Rahmen der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern in ihrer Verantwortung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich allerdings überall dafür ein, dass der demokratische Dialog über verbindende und oft genug trennende Erfahrungen und Erinnerungskulturen gestärkt wird. Dafür ist die Schule der wichtigste Ausgangsort.

Denn in naher Zukunft werden mehr als die Hälfte der ErstklässlerInnen in ihren Familien mehr als eine Sprache erlernen und sprechen. Aus den vielen verschiedenen Perspektiven und Erzählungen kann dann eine gemeinsame Erinnerungskultur entstehen.

DIE LINKE:

Im Hinblick auf die Bundestagswahlen ergibt sich hier kein Handlungsbedarf, weil die Festlegung von schulischen Lerninhal-

ten und Methoden originäre Zuständigkeit der Länder ist und auch schon immer war.

Wir setzen uns generell dafür ein, dass der Geschichte Deutschlands an den Schulen ausreichend Raum gegeben und Schülerinnen und Schüler gestärkt werden, sich kritisch mit der deutschen Vergangenheit auseinander zu setzen. Dazu gehört auch die Geschichte der deutschen Minderheiten in Osteuropa.

FDP:

Die Erinnerung an unsere Geschichte und der Erhalt unserer Kultur sind uns Freien Demokraten wichtige Anliegen. Denn aus der Vergangenheit zu lernen, ist wichtig für die Zukunft. Eine Behandlung von Flucht und Vertreibung und der deutschen Geschichte im östlichen Europa im Schulunterricht befürworten wir. Diesem Themenfeld muss mehr Raum eingeräumt werden, auch in den Lehrplänen.

AFD:

Um sich als Volksgruppe richtig angekommen und angenommen zu fühlen, ist es wichtig, dass auch die hiesige Gesellschaft sich mit den Russlanddeutschen und ihrer Geschichte auseinander setzt. Denn diese ist eine tatsächliche Bereicherung für die gesamte deutsche Gesellschaft, in vielerlei Hinsicht.

Die AfD ist bestrebt, die Beiträge aller deutschen Regionen zur gemeinsamen Kultur zu würdigen. So könnte beispielsweise auf der Grundlage des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (§96 BFG) auch das Kulturerbe der historischen deutschen Siedlungsgebiete in Mittel- und Osteuropa gepflegt und die Bedeutung für alle Deutschen und für Europa sichtbar gemacht werden, insbesondere durch angemessene verpflichtende Verankerung in Lehrplänen und Schulbüchern.

Neben der schulischen Bildung könnten auch die außerschulischen Lernwelten, wie z.B. Gedenkstätten und Museen, eine bedeutsame Rolle spielen. Die Entstehung und Pflege von Gedenkstätten, Kulturzentren und Museen (z.B. nach dem Vorbild des Detmolder Museums für Russlanddeutsche) könnten gefördert werden, welche die Geschichte der 3 Millionen großen Volksgruppe widerspiegeln und somit erlebbar machen können. Die Geschichte und das Wirken der Russlanddeutschen dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Dafür werden wir uns stark machen.



Frage 5: Brückenfunktion der Deutschen aus Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Gerade in Zeiten angespannter zwischenstaatlicher Beziehungen auf der politischen Ebene sind eine fruchtbare zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und ein lebendiger Austausch von großer Bedeutung.

CDU/CSU:

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist – gemeinsam mit den in den Herkunftsändern verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheiten und ihren Selbstorganisationen – ein besonders wichtiger Brückenbauer zwischen Deutschland und diesen Ländern, nicht nur auf zivilgesellschaftlicher Ebene, sondern auch auf wirtschaftlicher. Ihr Engagement und ihr Beitrag zum völkerverbindenden Austausch sind von unschätzbarem Wert.

In den letzten Jahren nahmen Vertreter der LmDR und ihrer Jugendorganisation an den jeweiligen bilateralen Regierungskonferenzen für die Angelegenheiten der deutschen Minderheiten teil. Sie sind erfolgreiche Botschafter, die sich nachhaltig einbringen. CDU und CSU wünschen sich dies auch zukünftig und werden dabei weiterhin aktiv unterstützen. Wir begrüßen gemeinsame Projekte zwischen der LmDR und den Selbstorganisationen zum Nutzen der Angehörigen der deutschen Minderheiten.

SPD:

Das Deutsch-Russische Verhältnis ist zweifelsohne durch das Vorgehen der russischen Regierung in der Ostukraine stark belastet. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich sind. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die die schrittweise Umsetzung des Minsker Abkommens ermöglichen soll, und streben eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an.

Wir stützen uns dabei auf zwei Säulen unserer Außenpolitik: Solidarität und enge Abstimmung mit den Bündnispartnern in der NATO und der EU bei gleichzeitigem Dia-

Die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion kennen die Gegebenheiten und Spezifika der Herkunftsänder und können als Brückenbauer einen wichtigen Beitrag, auch im wirtschaftlichen Bereich, leisten.

Über welche Konzepte verfügt Ihre Partei, um diese kompetente Personengruppe zweckmäßig einzusetzen?

Antworten:

log mit Russland. Dabei sind selbstverständlich Deutsche aus Russland wichtige Partner, um sich ein differenziertes Bild der Situation zu machen. Auf der Arbeitsebene sind wir deshalb regelmäßig mit Verbänden der russischsprachigen Deutschen im Austausch.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir begrüßen es nachdrücklich, wenn Deutsche aus Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion als Brückenbauer wirken, das gegenseitige Verständnis fördern, sich wirtschaftlich engagieren und die jeweilige demokratische Zivilgesellschaft, die in vielen Herkunftsändern erheblich unter Druck ist, unterstützen möchten. Ein solches Engagement wollen wir gerne unterstützen und fördern.

DIE LINKE:

Wir schätzen den Beitrag von Menschen, die aus anderen Ländern eingewandert sind, zur Vielfalt und zum kulturellen Reichtum in der Bundesrepublik. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Ressourcen im Rahmen von kulturellen, wissenschaftlichen und Austauschprogrammen der Jugend genutzt werden. Ein Ansatzpunkt dafür könnten Städtepartnerschaften sein, die auch tatsächlich mit Leben gefüllt werden.

Dafür setzen wir uns auf kommunaler Ebene ein. Über spezifische Konzepte hinsichtlich der Menschen mit Herkunft aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion verfügen wir nicht.

FDP:

Deutschland und Russland können auf einen bis ins Mittelalter zurückreichenden kulturellen und wissenschaftlichen Aus-

tausch aufbauen. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Diversität und Freiheit von Kunst, Kultur und Wissenschaft ein und fördern den freien Austausch auf der Regierungs- und der zivilgesellschaftlichen Ebene. Wir müssen einander besser verstehen, im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Unterstützung von Mittlerorganisationen wie dem Goetheinstitut und dem Institut für Auslandsbeziehungen ein und wollen die Kooperationsbeziehungen zwischen Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausbauen.

AFD:

Unsere Netzwerke wie auch unsere Konzepte wachsen seit der Gründung stetig. Die AfD lebt Demokratie auch und ganz besonders durch die Beteiligung ihrer Mitglieder. Diese Stärke durch Vernetzung der Mitglieder bis in die Fachausschüsse und Gremien hinein gilt es, innerhalb der Partei weiter auszubauen. Die gleichzeitige Pflege der Diskussionskultur, des Dialogs und der Wertschätzung unterschiedlicher Meinungen bis zum demokratischen Entscheid ist unser Lebenselixier. So werden Ressourcen gebündelt, und Wirkkraft, Zusammenhalt und Nachhaltigkeit erhöht.

Unsere außenpolitischen Kontakte bauen wir weiter aus. Wie weiter oben bereits angebracht, möchten wir hierbei unter anderem das Brückenbauerpotenzial der Russlanddeutschen sowie die Partnerschaftsarbeit nutzen.

Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe der Russlanddeutschen am 30. Juli soll der AfD als Meilenstein für die inner- und außerparteiliche Wahrnehmung der russlanddeutschen Mitglieder dienen.



Frage 6: Deutsche in den Krisenregionen

Mit großer Sorge müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion immer wieder Krisenherde entstehen. Hier seien der Tschetschenien-Krieg, die Unruhen in Kirgisistan oder aktuell der Konflikt in der Ostukraine als Beispiele genannt. In solchen lebensbe-

drohlichen Situationen ist es den dort lebenden ausreisewilligen Deutschen kaum möglich, konsularische Dienste zu nutzen, an Sprachkursen teilzunehmen oder einen Sprachtest abzulegen. Daher setzt sich unser Verband dafür ein, dass den Deutschen in den Krisenregionen eine Son-

derregelung eingeräumt wird, durch die der Nachweis deutscher Sprachkenntnisse nachträglich erbracht werden kann.

Wie ist die Position Ihrer Partei in dieser Frage? (Anmerkung: Für Zuwanderer jüdischer Herkunft gibt es eine solche Regelung bereits seit 2015.)

CDU/CSU:

Der Hinweis auf Regelungen für jüdische Zuwanderer führt am Kern des Sachverhaltes vorbei. Für diese Personengruppe gelten ausländerrechtliche Regelungen. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hingegen

sind gemäß Art. 116 Grundgesetz Deutsche und kommen auf vertriebenenrechtlicher Grundlage nach Deutschland. Mit dem Aufnahmbescheid sind sie kraft Gesetzes deutsche Staatsangehörige. Alle Voraussetzungen müssen vor der Einreise vorliegen.

Wir erkennen dabei nicht die akute Lage der Deutschen in Krisengebieten, aktuell in den von Kriegshandlungen betroffenen ostukrainischen Gebieten. Wir werden deshalb weiterhin die Bedingungen für den Spracherwerb – wie bereits jetzt

Antworten:

durch Online-Kurse – sowie für die Prüfung der Sprachkenntnisse verbessern. Sollten die Durchführung der Sprachkurse und der Sprachprüfung unzumutbar erschwert werden, werden wir hierauf reagieren. In Einzelfällen werden wir auch die vorübergehende Übersiedlung in von der rechtmäßigen Regierung kontrollierte Gebiete der Ukraine unterstützen.

SPD:

Grundsätzlich müssen alle Personen, die einen Antrag auf Aufnahme als Spätaussiedler stellen, zum Sprachtest vorsprechen. Nur in wenigen Fällen wird auf die Durchführung des Sprachtests verzichtet.

Dies kann der Fall sein, wenn nachgewiesen werden kann, dass der Antragsteller z.B. aufgrund einer schweren Erkrankung nicht in der Lage ist, zur Auslandsvertretung anzureisen. In solchen Fällen kann der Aufnahmehescheid unter der Bedingung erteilt werden, dass der Antragsteller seine Deutschkenntnisse nach der Einreise nachweist.

Das zuständige Bundesverwaltungsamt sucht auch in anderen Fällen nach unbürokratischen Alternativen, zuletzt z.B. bei Spätaussiedlern aus der Ostukraine. Nachweise waren unter Umständen aufgrund der Kämpfe in der Ukraine erschwert und konnten in solchen Härtefällen vor Ort nachgewiesen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Jüdische Einwandererinnen und Einwanderer können ihre Sprachkenntnisse – ausnahmsweise – auch innerhalb von zwölf

Monaten nach Einreise in Deutschland nachweisen, wenn der Erwerb oder die Zertifizierung der deutschen Sprachkenntnisse infolge von besonderen und durch das Auswärtige Amt bestätigten regionalen Gegebenheiten auf absehbare Dauer unmöglich ist. Das wurde bislang durch das Auswärtige Amt nur in Hinblick auf die Gebiete Lugansk und Donezk in der Ostukraine festgestellt.

Zu der von Ihnen gestellten Frage gibt es hier noch keine Positionierung. Wir werden das prüfen.

DIE LINKE:

DIE LINKE setzt sich auch im Rahmen der Familienzusammenführung schon immer dafür ein, dass auf den Nachweis von Deutschkenntnissen vor der Einreise verzichtet wird. Eine Sprache ist am besten dort zu erlernen, wo sie auch im Alltag gesprochen wird.

Da es sich bei den Anspruchsberechtigten nach dem Bundesvertriebenengesetz, die auch tatsächlich in die Bundesrepublik übersiedeln möchten, um eine immer kleiner werdende Zahl von Personen handelt, sind wir hier auch aus Gründen der Verhältnismäßigkeit für eine großzügige Regelung hinsichtlich des Nachweises der Sprachkenntnisse.

FDP:

Wir Freie Demokraten stehen für eine deutsche Außenpolitik des friedlichen Dialogs und fairen Ausgleichs. Unsere bedachte Verhandlungsdiplomatie hat uns international zu respektierten Partnern gemacht

und ermöglicht es uns, in die ganze Welt freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten.

Gleichzeitig wächst Deutschlands internationale Verantwortung, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen – gerade auch, wenn es um Konflikttherde in unserer Nachbarschaft, wie etwa der Ukraine, geht. Wir befürworten eine Unterstützung der Deutschen in Krisenregionen – für eine erfolgreiche Integration in Deutschland sind deutsche Sprachkenntnisse allerdings unabdingbar.

AFD:

Schon allein die Ungleichbehandlung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen aus einem Herkunftsland wirft Fragen auf. Vergleicht man zudem die von Ihnen beschriebene Situation deutscher Ausreisewilliger aus den oben genannten Krisengebieten mit der laxen und unkontrollierten Masseneinwanderung so genannter Flüchtlinge aus anderen Krisengebieten, ist dies nicht hinnehmbar.

Die AfD, die sich fest auf dem Boden des Grundgesetzes und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung weiß, wird sich auch in diesem Bereich dafür einsetzen, dass unser Recht und Gesetz eingehalten werden wird.

Sie sind herzlich eingeladen, als Landsmannschaft und demnach Experten in eigner Sache mit unserer Arbeitsgruppe der Russlanddeutschen nach dem 30. Juli in Kontakt zu treten und konkrete Lösungsvorschläge auszuarbeiten, die wir in unsere Programmatik aufnehmen können.

Frage 7: Aufnahme als Spätaussiedler

Die bestehende Gesetzgebung für die Aufnahme von Deutschen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist ein wichtiger Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Bereinigung der Kriegsfolgen, die

neben unzähligen menschlichen Opfern zu Jahrzehntelangen Diskriminierungen der Deutschen aus Russland geführt haben. Wir halten es für unerlässlich, dass die Möglichkeit der Aufnahme als Spätaus-

siedler in Deutschland weiterhin bestehen bleibt.

Wie positioniert sich Ihre Partei in dieser Frage?

Antworten:

CDU/CSU:

Durch die von uns initiierte Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) im Herbst 2013 konnte eine große Zahl von bislang nicht möglichen Familienzusammenführungen ermöglicht werden. Wir werden an den jetzigen vertriebenenrechtlichen Regelungen für die Aufnahme von Deutschen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ohne Abstriche festhalten.

SPD:

Wir sehen derzeit keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es gibt keine Bestrebungen, die Rechtslage zu ändern.

DIE LINKE:

Wir lehnen die weiter bestehende Möglichkeit der Aufnahme als Spätaussiedler nicht ab, haben uns in der Vergangenheit allerdings regelmäßig für eine Überführung der Regelungen aus dem Bundesvertriebenengesetz in das Aufenthaltsgesetz ausgesprochen.

FDP:

Wir Freie Demokraten treten für den Erhalt der gegenwärtigen Bestimmungen ein

– ausreisewillige Deutsche sollen auch weiterhin die Möglichkeit haben, als Spätaussiedler aufgenommen zu werden, wenn sie die dafür erforderlichen Bedingungen erfüllen.

AFD:

Angesichts der viel zitierten demographischen Situation Deutschlands sind wir der Meinung, dass diese Aufnahmemöglichkeit nicht nur weiterhin bestehen bleiben soll, sondern die Hürden zur Aufnahme von Spätaussiedlern, also Deutschen, nach Deutschland gesenkt werden sollten, z.B. auf das Niveau von Anfang der 90er Jahre. Auch hier verweisen wir ausdrücklich auf die Möglichkeit der Mitgestaltung unserer Positionen.

**24. September 2017
BUNDESTAGSWAHL**

Frage 8: Kulturförderung

Die Deutschen in Russland und später in der Sowjetunion haben über Generationen hinweg trotz aller Widrigkeiten ihre deutsche Kultur gepflegt und weiterge-

geben. Einige Bräuche, Traditionen und Kulturgüter sind durch die Rückkehr der Deutschen aus Russland wieder für die breite Öffentlichkeit der Bundesrepub-

lik zugänglich und von unschätzbarem Wert.

Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um diese einmalige Kultur zu fördern?

CDU/CSU:

Dank CDU und CSU wird das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold, das das einzige seiner Art in Deutschland ist, als zentrale Einrichtung der Pflege und Vermittlung russlanddeutscher Geschichte und Kultur ausgebaut. Dazu wurde es ab 2016 – befristet für fünf Jahre – in die Bundesförderung aufgenommen. Mit diesen Mitteln wird der personelle Ausbau fortgesetzt sowie die Infrastruktur und die Programmarbeit gestärkt.

Das Museum sieht seine Aufgaben über die museale Ausstellung hinaus auch darin, direkte Kommunikation und Begegnung zu ermöglichen. Ziel ist es, damit einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten. Das Museum pflegt Gesprächskontakte in Politik, Wissenschaft, Kultureinrichtungen, Schulen, Hochschulen und mit der interessierten Öffentlichkeit. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte auch über das Jahr 2020 hinaus in der Bundesförderung verbleibt.

In der im Februar 2016 von Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grüters MdB vorgelegten Weiterentwicklung der Konzeption zur Erforschung, Bewahrung, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa nach § 96 Bundesvertriebenengesetz haben die Deutschen aus Russland als neue Partner und Zielgruppe eine herausgehobene Rolle. Ab Oktober 2017 wird am Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte ein eigenes Kulturreferat eingerichtet, das russlanddeutsche Kulturprojekte fördern wird. Wir werden die Kulturarbeit der Deutschen aus Russland weiter unterstützen.

SPD:

Für die SPD ist die multidependente Be trachtung der europäischen Kulturgeschichte selbstverständlich. Das materielle und immaterielle Kulturerbe der Russlanddeutschen ist für diese Betrachtung unerlässlich und von großer Bedeutung.

Uns ist es wichtig, kulturelles Erbe nicht nur zu bewahren, sondern auch weiterzuentwickeln. Wir unterstützen dafür auf Bundesebene zahlreiche Institutionen, Organisationen und Projekte, unter anderem im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetzes.

Neben der institutionellen Förderung haben wir uns in dieser Legislaturperi-

ode unter anderem auch für die Förderung mehrerer Tagungen, für die Erstellung von Manuskripten zur Geschichte der Russlanddeutschen, für Seminare und Workshops, Sonderausstellungen, Theaterstücke und Jugendbegegnungen eingesetzt und diese unterstützt. Diese Arbeit sollte fortgesetzt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir begrüßen es, dass im Rahmen der Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes auch die Kultur der Russlanddeutschen gefördert wird. Besonders wichtig ist uns, dass dabei Kulturprojekte in Deutschland initiiert werden, die Kultur und Geschichte der Russlanddeutschen einer breiteren Öffentlichkeit vermitteln. Die Spätaussiedler aus Russland sollten dabei aktive Partner und nicht „Objekte“ der Kulturförderung sein.

Auch im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik wollen wir Vielfalt bewahren und fördern. So unterstützen wir etwa den deutsch-russischen Kulturaustausch und setzen uns für die Förderung der deutschen Sprache in Russland ein.

In den zurückliegenden Haushaltsverhandlungen haben wir uns für mehr Geld für die Goethe-Institute, die deutschen Auslandsschulen und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) stark gemacht, nachdem diese Mittel von der Bundesregierung zuvor drastisch gekürzt worden waren. Neben dem Spracherwerb ermöglichen diese Mittel zum Beispiel auch die Verbreitung deutscher Medien und Literatur oder den Erwerb eines deutschen Abiturs in Russland.

Wir treten generell dafür ein, dass für Familien mit geringem Einkommen das Schulgeld reduziert und ihnen so der Besuch einer deutschen Schule im Ausland ermöglicht wird.

Besonders am Herzen liegt uns der gesellschaftliche Austausch zwischen Russland und Deutschland. Diesen wollen wir gerade in Zeiten angespannter Beziehungen weiter intensivieren, weshalb wir unter anderem seit Jahren die Aufhebung der Vizumspflicht für Russland fordern.

DIE LINKE:

Der Erhalt der deutschen Kultur im östlichen Europa ist bereits Gegenstand der Bundeskulturförderung. So werden aus dem Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien eine ganze Reihe von In

stitutionen und Projekten auch im Inland gefördert, wie z.B. die Landesmuseen und andere überregionale Einrichtungen zur Präsentation und Erforschung deutscher Kultur der historischen Siedlungsgebiete im östlichen Europa.

Hinzu kommt die Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat sich bereits vor zehn Jahren in der Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ für ein Ende dieser speziellen Kulturförderung ausgesprochen. Gemeint ist damit nicht eine Einkassierung der bereitgestellten Mittel, sondern eine Eingliederung in die allgemeine Kulturförderung, so dass dieser Teil der deutschen und der europäischen Geschichte und Kultur als selbstverständlicher Teil der allgemeinen Arbeit der Institutionen definiert werden kann.

Bundeskulturförderung kann immer nur übergreifend fördern, nach dem Kriterium der „nationalen Bedeutung“ – alle darüber hinaus gehenden Fördermaßnahmen bleiben Ländersache. Der Bund kann hier lediglich darauf hinwirken, dass in den Ländern und Kommunen auch die Gruppe der russlanddeutschen Spätaussiedler ihr spezielles Brauchtum erhalten und leben kann.

FDP:

Wie bereits in der Antwort auf Frage 4 aus geführt, sind die Erinnerung an unsere Geschichte und der Erhalt unserer Kultur uns Freien Demokraten wichtige Anliegen – dazu gehört auch die deutsche Geschichte im östlichen Europa.

Wir befürworten eine Überprüfung der Förderrichtlinien für den Bund der Vertriebenen, um seinen wichtigen Beitrag zur Kulturförderung und seinen Transformationsprozess bei der Weitergabe des Wissens an die Nach-Zeitzeugengeneration zu unterstützen. Des Weiteren möchten wir die Finanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung stärken – auch sie leistet wichtige Aufklärungsarbeit.

AFD:

Wir schätzen die Kulturbereicherung durch die Russlanddeutschen, sei es durch ihre unterschiedlichen Mundarten, Traditionen oder Bräuche. Bezüglich möglicher Maßnahmen sei auf die Antwort zur schulischen Vermittlung der Geschichte der Deutschen aus Russland (s.o.) verwiesen.